Personal- und Finanzausschuss am 17.03.2022

TOP 4 b) Bericht des Leitenden Verwaltungsbeamten

1. **Unterbringung Asylsuchender und Vertriebener aus der Ukraine** – Seit dem Jahresbeginn 2020 veröffentlicht das Landesamt für Ausländerangelegenheiten die Belegungsstatistik der Landesunterkünfte monatlich unter <https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/LAZUF/Aktuelles/documents/zuwanderungsbericht.html>. In der Landesunterkunft für Flüchtlinge in Boostedt (LUK) waren laut des letzten zur Verfügung stehenden Monatsberichts für März 2022 zum 31.03.2022 478 Plätze belegt. Die aktuelle tatsächliche Kapazität ist mit 1.529 Plätzen angegeben.

„Am 4. März hat die europäische Union den Massenzustrom von Vertriebenen im Sinne der sogenannten „Massenzustrom-Richtlinie“ (2001/55/EG) aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine beschlossen. Seither kann Vertriebenen durch die zuständigen Zuwanderungs- und Ausländerbehörden eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes erteilt werden. Das bundesweite Verteilverfahren richtet sich nach § 24 Absatz 3 des Aufenthaltsgesetzes; maßgeblich ist hier der sogenannte Königsteiner Schlüssel.

Das Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge hat im März 3.742 Vertriebene aus der Ukraine registriert. In den Landesunterkünften wohnten im Tagesdurchschnitt 1.380 Ukrainerinnen und Ukrainer, in der Spitze Mitte März waren es mehr als 1.900. Sie wurden ganz überwiegend in den Landesunterkünften Boostedt und Bad Segeberg untergebracht. Beide Unterkünfte wurden zusätzlich mit Zelten (Boostedt) und Containern (Boostedt und Bad Segeberg) ausgestattet, um auf steigende Zugangszahlen vorbereitet zu sein. Die Menschen aus der Ukraine werden in den Landesunterkünften registriert und erstversorgt. Sie kommen dort einige Tage zur Ruhe, bevor sie in die Kreise und kreisfreien Städte weiterziehen. Einige verlassen Schleswig-Holstein auch wieder, weil sie privat in anderen Ländern unterkommen. Anfang April wurden zwei weitere Landesunterkünfte für die Aufnahme von Kriegsflüchtlings in Seeth (Nordfriesland) und Glückstadt (Steinburg) in Betrieb genommen. Seit Beginn des Krieges hat das Landesamt seine tatsächliche Aufnahmekapazität von 2.350 auf derzeit mehr als 4.000 Plätze für Schutzsuchende aus allen Herkunftsländern erhöht. Vom 01.03. bis zum 31.03.2022 wurden durch das Land, die Kreise und kreisfreien Städte 7.851 Schutzsuchende ukrainischer Staatsangehörigkeit erfasst, dazu 339 Drittstaatenangehörige, die aus der Ukraine vertrieben wurden. Seit Kriegsbeginn bis Redaktionsschluss am 20.04.2022 waren es 19.518 Ukrainerinnen und Ukrainer sowie 503 Drittstaatenangehörige.

Die durchschnittliche Belegung der Landesunterkünfte im März betrug in Neumünster 471, in Boostedt 994, in Rendsburg 855 und in Bad Segeberg 433.“¹

In der Erstaufnahmeeinrichtung in Boostedt hat das Land zwischenzeitlich zusätzlich rd. 500 Wohncontainer aufstellen lassen. Dadurch wurde in Boostedt die tatsächliche Unterbringungskapazität auf rd. 2.500 Menschen erhöht.

Durch die Änderung der Ausländer- und Aufnahmeverordnung bleibt das Amt als Standort einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes seit 2019 von dezentralen Quotenzuweisungen zur Unterbringung Asylsuchender befreit. Dieses gilt jedoch

¹ Quelle: Zuwanderung in Schleswig-Holstein – Monatlicher Bericht März 2022 - Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge Schleswig-Holstein

nicht für die Unterbringung ukrainischer Kriegsflüchtlinge, die ebenfalls dezentral im amtsgebiet unterzubringen sind.

Die Anzahl der im Amtsgebiet zugewiesenen Personen im laufenden Asylverfahren beträgt derzeit 53 Personen. Davon sind 6 Menschen in kommunalen und weitere 15 Personen in privaten Mietverhältnissen untergebracht. Zwei Asylbewerber sind untergetaucht. In 2022 wurden bislang noch keine weiteren Asylbewerber aufgenommen. Es stehen momentan noch Unterbringungskapazitäten für 6 Personen zur Verfügung.

Auf Grundlage der Prognose der Bundesregierung von ca. 1 Mio. Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine rechnet das Land Schleswig-Holstein mit rd. 34.000 Geflüchteten. Der Kreis Segeberg hätte demnach 3.250 Menschen zu versorgen und das Amt Boostedt-Rickling etwa 170 Menschen unterzubringen. Um zusätzlich Schutzsuchende außerhalb privater Initiativen unterbringen zu können, bestand und besteht deshalb weiterhin Bedarf an der Anmietung weiteren Wohnraumes durch das Amt.

Im Amtsgebiet konnten bislang insgesamt 75 Flüchtlinge aus der Ukraine ein Dach über dem Kopf erhalten. Davon sind 34 Geflüchtete minderjährig. Von den insgesamt 75 ukrainischen Kriegsflüchtlingen wohnen 47 in privaten Mietverhältnisse und weitere 28 Menschen in Unterbringungsmöglichkeiten des Amtes oder vom Amt gemieteten Wohnungen. Aktuell stehen noch bereits gemietete Unterkünfte für insgesamt 12 Personen zur Verfügung. Hinzu kommen Plätze für bis zu 5 weiteren Personen in Unterkünften des Amtes.

Kurzfristig stünden weitere Mietunterkünfte zur Unterbringung zur Verfügung, bei denen schon Kontakt zu den Vermietern hergestellt wurde. Darüber können durch das Ordnungs- und Sozialamt weitere, bereits vorliegende Wohnungsangebote geprüft werden.

Neben der Unterbringung ist auch die Betreuung der geflüchteten Personen vor Ort zu organisieren. In den Gemeinden Boostedt und Rickling bestehen bereits bzw. befinden sich ehrenamtliche Helferkreise in Gründung. In der Gemeinde Groß Kummerfeld wurde im Rahmen einer Einwohnerversammlung am 12.04.2022 die Einrichtung eines Helferkreises angestoßen.

Am 07.04.2022 haben sich die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder und die Bundesregierung intensiv mit der Unterstützung der aus der Ukraine Geflüchteten und mit den weiteren Folgen des Krieges befasst. Im Ergebnis unterstützt der Bund die Länder und Kommunen in 2022 und darüber hinaus mit insgesamt 2 Milliarden Euro. (500 Mio. € f. Kommunen bei den Kosten der Unterkunft; 500 Mio. € zur Abgeltung der Kosten im Bereich der Lebenshaltungskosten, 1 Mill. € an den Kosten der Länder etwa für Kinderbetreuung und Schulung sowie Gesundheits- und Pflegekosten.

Mit Wirkung vom 09.05.2022 hat das Land die Anforderung an die Kreise als untere Katastrophenschutzbehörde zu Vorhaltung von 300-500 Unterbringungsplätzen aufgehoben. Die Aufhebung der Notunterkünfte bei den Kreisen wird dazu führen, dass die Kreise ihre Vorhaltekapazitäten abbauen werden und die dort befindlichen Personen zeitnah in den Kommunen des Kreises unterzubringen sind. Außerdem wird nach Abbau der Notunterkünfte eine Verteilung der Flüchtlinge aus den

Landesunterkünften direkt an die Gemeinden erfolgen müssen. In einer Telefonkonferenz mit dem Landrat und den hauptamtlichen Bürgermeistern und Hauptverwaltungsbeamten des kreisangehörigen Bereichs am 28.04.2022 hat man sich darüber verständigt en Kreis zu bitten, auch weiterhin ein eingeschränktes Angebot an Notunterkünften als „Puffer“ vorzuhalten.

Eine neue Prognose der Bundesregierung zu der insgesamt zu erwartenden Anzahl an Flüchtlingen wird in der 18. KW gerechnet.

Darauf abgestimmt werden sich auch die vorzuhaltenden Kapazitäten des Landes und letztlich auch die der Kommunen orientieren.

Die schutzsuchenden Familien haben nach spätestens drei Monaten ebenfalls einen Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kita oder der Kindertagespflege. Mit dem Gesetz zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes vom 29.04.2022 hat das Land die rechtliche Möglichkeit geschaffen, die Gruppenkapazitäten in den Kitas befristet bis zum Ende des Kita-Jahres zum 31.07.2023 um bis zu drei zusätzliche Plätze zu erhöhen. Dabei handelt es sich um eine freiwillige Entscheidung der Kita-Träger unter Beteiligung der Elternvertretung und der Befassung im Kitabeirat sowie der vorherigen Erteilung Ausnahmegenehmigung durch die Einrichtungsaufsicht beim Kreis. Je aufgestockte Gruppe ist für mindestens die Hälfte der wöchentlichen Öffnungszeit der Gruppe eine zusätzliche „Helfende Hand“ zu beschäftigen. Diese Hilfskraft soll die pädagogischen Fachkräfte entlasten und wird über das Standard-Qualität-Kosten-Modell (SQKM) finanziert.

Darüber hinaus wird das Land über ein „Aktionsprogramm familienunterstützende Maßnahmen für Geflüchtete“ mit einem Fördervolumen von 15 Mio. € die geflüchteten Familien mit niedrigschwelligen Betreuungs- und Unterstützungsangeboten unterstützen. Unterstützungsangebote können dabei auch von den Ämtern, Gemeinden, Verbänden sowie Sportvereinen gemacht werden (z. B. Spielkreise, Eltern-Kind-Angebote). Für die Auswahl geeigneter Angebote wird der Kreis als örtlicher Träger der Jugendhilfe noch ein geeignetes Verfahren festlegen müssen.

- 2. Neue Förderstrategie 2023-2027 in der AktivRegion Holsteiner Auenland** – Nach Monaten der Vorbereitung, Sitzungen und Beteiligungsformate wurde die Integrierte Entwicklungsstrategie (IES) der AktivRegion Holsteiner Auenland in der Mitgliederversammlung am 19.04.2022 im Schloss Bad Bramstedt beschlossen. In der hoffnungsvollen Erwartung das die Strategie Ende Oktober vom Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung (MILIG) zugelassen wird, wird die AktivRegion zu Beginn des Jahres 2023 mit der Umsetzung beginnen.

Neu ist auch ein Jugendförderfonds mit dem die AktivRegion Projekte von Kindern und Jugendlichen mit bis zu 500 Euro unterstützt werden sollen.

Unter dem Strategietitel „AktivRegion Holsteiner Auenland im Einklang“ sollen in den Jahren 2023-2027 mit einem Gesamtbudget von rd. 2,5 Mio. Euro Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung, der Daseinsvorsorge und Lebensqualität und die Regionale Wertschöpfung im Gebiet der AktivRegion gefördert werden. Die vollständige Entwicklungsstrategie kann auf der Webseite der AktivRegion unter <http://www.aktivregion->

holsteinerauenland.de/images/Website_IES_AktivRegion_HolsteinerAuenland_2023-2027.pdf eingesehen werden.

Darüber hinaus soll es auch in 2023 wieder ein Regionalbudget geben aus dem Kleinstprojekte mit einer Fördersumme ab 2.000 Euro gefördert werden können.

3. **Zukunft des WZV-Verbandsbeirates** – In der Verbandsversammlung des WZV am 13.12.2021 war von einer Beschlussfassung über einen Vorschlag der Verwaltung über die Zukunft des Verbandsbeirates und zur Neugestaltung des Hauptausschusses abgesehen worden. Die Verbandsmitglieder waren aufgerufen selbst weitere Vorschläge zur Neustrukturierung der beiden Verbandsgremien einzureichen. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen noch keine Vorschläge der Verbandsmitglieder vor. Zur Vorbereitung der Verbandsversammlung am 30.06.2022 erinnert der WZV nochmals an die Möglichkeit eigene Vorschläge abzugeben.
4. **E-Ladesäule am Amtsgebäude in Boostedt** – Die E-Ladesäule vor dem Amtsgebäude in Boostedt wird gut in Anspruch genommen. Gerade hat das Amt eine Gutschrift der Stromrechnungskosten für den Zeitraum 05.11.2021 – 25.01.2022 in Höhe von rd. 500 Euro erhalten.

gez. Plucas (LVB)